

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Postlieferung ins Haus für Groß-Berlin 14,- M., im voraus zahlbar, von der Provinz selbst abgeholt 8,50 M. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Kreisblatt bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inländischer Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 84.

Die achtseitigen Kennzettel über den Wert von 1,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Besondere-Besuche 3,00 M. netto pro Zeile. Besondere-Besuche in Wort-Anzeigen das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Jentzen 2030, 2645, 4516, 4603, 4625, 4640, 4923

Genossenschaft

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Deutschnationale Korruption

Volksverderber und Volksbetrüger

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, eine Anklageschrift der deutschnationalen Opposition gegen die Parteiführung zu veröffentlichen. Das Schreiben enthält heftige Angriffe, vor allem gegen Herrn Hergt, der die „nationalen Notwendigkeiten“ hinter parteiaktive Erwägungen und Mandatungen in ungeheurer Weise zurücksetzt. Von der Parteiführung gelte das Wort, ein „guter Deutschnationaler mag keine Juden leiden, doch seine Gelder nimmt er gern“. Herr Hergt betreibt „würdelose Schnurrerei, um den ergaunerten Mammon des hebräischen Uradels“. Nachdem er die Juden angebettelt hätte, leugne er dies nachher ab. Schließlich sei die Parteiführung auf einen rettenden Gedanken gekommen.

„Man greift zum Mandatkauf! Bewährte parlamentarische Veteranen wurden zugunsten zahlreicher Persönlichkeiten abgesetzt, die bereit waren, sich die Ehre, deutschnationaler Landtagsabgeordneter zu werden, eine Stange Geld kosten zu lassen, d. h. die Parteiführung finanziell unterstützen wollten. Aber das die Ende ließ nicht lange auf sich warten. Die Zahlkandidaten haben nach ihrer Ausstellung erklärt, erst zahlen zu wollen, wenn sie gewählt sind! Kann man sich die langen Gesichter von Hergt bis zum letzten Botenjungens vorstellen? Keit ist jedenfalls auch, daß gerade während der Hochkonjunktur des Wahlstampfes gewisse Bemühungen der Deutschen Volkspartei, Beamte der deutschnationalen Parteiführung für sich zu gewinnen, auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein scheinen.“

Über damit noch nicht genug. Nach außen halte man streng auf Moral und gute Sitte, im Innern sehe es aber ganz anders aus. Bei den Deutschnationalen sei ein Morast. Das Schreiben schließt:

„Die Zustände bei den Deutschnationalen sind wahrhaftig nicht dazu geeignet, ihr am 20. Februar die Massen zuzuführen, auf die sie eigentlich Anspruch erheben müßten. Und so wird es für viele diesmal das letzte Mal sein, daß sie deutschnational wählen!“

So schildern Deutschnationale ihre eigene Partei. So sehen die Bekämpfer der Korruption in Wirklichkeit aus. Volksverderber und Volksbetrüger!

Simons in Karlsruhe

Rede vor dem badischen Landtag

Dr. Simons ist gestern, Dienstag, von Stuttgart nach Karlsruhe gereist und wohnte in einer Sitzung des badischen Staatsministeriums in Anwesenheit sämtlicher Regierungsmitglieder bei. Um 6 Uhr abends trat der Landtag zusammen. Nach kurzen Ansprachen des Staatspräsidenten Krunt und des Landtagspräsidenten Dr. Kopp, nahm Dr. Simons das Wort. Er hob die Notwendigkeit für den Reichsminister des Auswärtigen hervor, seine Politik stets in Einklang mit den Empfindungen des gesamten deutschen Volkes zu führen; denn die Diplomatie sei heute keine Geheimwissenschaft mehr. Er habe die Spanne Zeit, während welcher die Sachverständigen in Berlin die deutschen Gegenentwürfe im einzelnen ausarbeiteten, gern benutzt, um mit den deutschen Stämmen, besonders auch mit dem Süden des Reiches, in Verbindung zu treten. Er halte an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkt fest. Der große Ausschlag, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege genommen habe, sei vielleicht nicht so wertvoll gewesen wie der durch die industrielle Blüte bedingte Aufstieg in der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Man müsse uns die Hoffnung lassen, uns wieder emporarbeiten zu können. Kein deutscher Staatsmann könne es wagen, dem deutschen Volke 42 Jahre Frondienste unter den von der Entente gestellten Bedingungen zuzumuten. Man müsse es deshalb ablehnen, einen beratigen Vertrag zu unterzeichnen.

Angeht es der möglichen Folgen, sei es für ihn von entscheidender Bedeutung, heute den Willen des ganzen Volkes durch den Mund seiner berufenen Vertreter zu vernahmen. Die Lage Deutschlands müsse sich in den nächsten Wochen klären. Bei dieser Klärung spielten zwei Faktoren eine wichtige Rolle: einmal, ob Deutschland das in wirtschaftlicher Hinsicht ungeheuer wichtige oberhalb des Gebietes behalt, und ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestalten würden.

Im übrigen bestanden auch über die Auslegung der gegnerischen Vorschläge noch bedeutende Unklarheiten. Er erinnerte daran, daß hinsichtlich der praktischen Durchführung der zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe auf der anderen Seite nicht weniger als vier Auffassungen und entgegengetreten wären, deren Verwirklichung sich bei näherer Prüfung als mehr oder weniger unmöglich erweisen.

Protest der Münchener USPD.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 16. Februar.

Gestern abend hielt die U. S. P. Münchens eine öffentliche Protestversammlung gegen die Katastrophopolitik der Regierung Rahr ab. Genosse Reumann-Münzberg führte u. a. aus: Die nordbayerische Arbeiterschaft, Gewerkschaften, Unabhängige Sozialdemokratie und Rechtssozialisten haben erklärt: Geht das Treiben des Münchener Zollhauses so weiter, dann bricht Bayern an der Donau auseinander. Wir sind nicht begeistert von der Weimarer Verfassung, aber wir wollen verhindern, daß sie noch

schlimmer wird und deshalb sehen wir zur Verfassung. Wir stehen fest zu dem Reich, und wer uns daran hindert, dem treten wir so entgegen wie am 13. März 1920. Der Zusammenhalt des Reiches erscheint uns wichtiger als die Spaltungsabsichten in München. Auch die Demokraten in Nordbayern machen die Münchener Katastrophopolitik nicht mit. Die südbayerische Arbeiterschaft muß die nordbayerische Arbeiterschaft unterstützen. Rufen Sie der Regierung Rahr entgegen: Bis hierher und nicht weiter! Wenn das Münchener Zollhaus so weiter wirtschaftet, dann ist der Tag nicht mehr fern, da wir in Nordbayern unsere südbayerischen Brüder zur Solidarität aufrufen werden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte die Versammlung dann von der bayerischen Regierung, daß sie widerspruchlos den Entwaffnungsforderungen Rechnung trägt und unverzüglich an die Entwaffnung der Einwohnerwehren geht.

Auch das Münchener Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner gestrigen Vollversammlung eingehend mit der Entwaffnungsfrage. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Vertreter der Münchener Arbeiter begrüßen auf das lebhafteste die Bewegung ihrer nordbayerischen Klassengenossen, sich auf keinen Fall vom Rhein zu trennen. Ferner wird das Vorgehen der sozialistischen Parteien im Landtage begrüßt und von diesen mit Bestimmtheit erwartet, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten, die Regierung Rahr zu zwingen, von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches abzulassen. Die Arbeiter Münchens sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen. Sie sind bereit, alle Winkzüge der Reaktion mit allen Mitteln zu bekämpfen und, wenn notwendig, ihre künftigen Waffen anzuwenden.

Debatte im englischen Unterhaus

Kritik der Thronrede

London, 16. Februar.

Am 4 Uhr nachmittags begann gestern im englischen Unterhaus die Debatte über die Thronrede. Einer der ersten Redner war Asquith, welcher bemerkte, die Thronrede sei vielleicht durch das, was sie verschweige, bemerkenswerter, als durch das, was sie enthülle. Namentlich wurde unterlassen genaue Mitteilungen über die Pariser Konferenz zu machen. Asquith begrüßte die bevorstehende Zusammenkunft der Ministerpräsidenten mit den Vertretern Deutschlands und der Türkei, doch wünscht er den Zweck und die Ausdehnung der Konferenz kennen zu lernen, ebenso in welchem Zusammenhang sie mit der Pariser Konferenz steht. Ferner wünscht Asquith genaue Informationen über die Ereignisse in Smarna. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Thomas, wendet sich dagegen, daß die Thronrede in keiner Weise die Repressalien in Irland verurteile.

Darauf ergriff Lloyd George das Wort und führte aus, daß die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz in London verleihe, die in Paris getroffenen Entscheidungen zu besprechen, schon deshalb nicht, weil man die Gegenvorschläge Deutschlands nicht kenne. Was die Konferenz von Paris geleistet hat, konnte sie nur infolge des Beschlusses des Versailler Friedensvertrages vollbringen. Die Pariser Konferenz führte dazu, daß ein Einvernehmen getroffen wurde über eine feste Summe, die man von Deutschland fordern müsse, ohne daß sie die Zeit damit verlore, daß jeder Staat eine genaue Liste der Schäden hätte anfertigen müssen, die er erlitten hat. Man habe sich nicht damit aufgehalten, alle Einzelheiten zu prüfen und zu erörtern. Die Vorschläge und die Entscheidungen, welche die Pariser Konferenz traf, unterschieden sich von denen, welche früher getroffen wurden, namentlich bezüglich der Höhe der Jahreszahlungen, die je nach dem wachsenden Wohlstand Deutschlands verschieden sein werden. Und diesen Wohlstand Deutschlands werde man an der deutschen Ausfuhr erkennen können. Es liege sowohl im Interesse der Alliierten wie Deutschlands, daß die Gesamtsumme der Entschädigungen festgestellt werde. Die Beschuldigungen, daß die getroffenen Entscheidungen bezüglich der deutschen Entschädigungssumme im Widerspruch mit dem Versailler Vertrag ständen, lehnt Lloyd George entschieden ab.

Bezüglich Irlands erklärte er, daß sich die Regierung weiterhin weigere, den Bericht des General Strickland über die Repressalien zu veröffentlichen. Irland sei im Zustande vollkommenen Aufruhrs, insoweit dessen müssen auch energische Maßnahmen ergriffen werden. Die Anschuldigungen gegen Polizei- und Militärpersonen seien zum größten Teil ungerechtfertigt. Wenn Unzuträglichkeiten vorgekommen seien, habe die Regierung mit größter Strenge Gegenmaßnahmen ergriffen. Alle Mitglieder der Polizei, die sich Uebertreffe zu Schulden kommen ließen, wurden sofort abberufen.

Was den Friedensvertrag von Sevres anbelange, so kenne man die Vorschläge noch nicht, welche der Londoner Konferenz unterbreitet werden sollen. Das Unterhaus möge sich nicht auf Erörterungen einlassen, welche keine feste Grundlage haben können, und welche nur auf Zeitungsberichten beruhen. Das oberste Interesse für Großbritannien und die ganze Welt bestehe darin, daß Friede im Orient und in Mitteleuropa herrsche. Die Vertreter Englands auf der Londoner Konferenz sind alle von diesem Geiste erfüllt. Bezüglich des Zwischenfalles von Malow erklärte sich Lloyd George bereit, eine neue Unternehmung einzuleiten zu lassen.

Höhere Getreidepreise?

Von Dr. R. Kucynski,

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg

Am 21. Februar sollen die deutschen Ernährungsminister zusammenkommen, um eine Erhöhung der Getreidepreise zu beschließen. Der Termin ist reichlich spät; aber da die preussischen Landtagswahlen am 20. stattfinden, war es nicht gut möglich, einen früheren Tag zu wählen, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, die sozialistischen Parteien zur Unzeit zu stürzen. Die Grundlage für die Beschlüsse der Ernährungsminister sollen die Berechnungen der Indexkommission bilden. Diese Kommission hatte auch die Begründung für die vorjährigen Getreidepreiserhöhungen geliefert. Es sei daher hier festgestellt — was der Öffentlichkeit und vielleicht auch der Reichsregierung nicht bekannt ist —, daß die damaligen Berechnungen der Kommission einer kritischen Nachprüfung nicht standhalten.

Die „Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920“ vom 13. März 1920 hatte Mindestpreise für die abzuliefernden Erzeugnisse (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln usw.) entsprechend dem Produktionskostenstand zu Beginn des Jahres 1920 verordnet (z. B. für die Tonne Roggen 1000 M.) und hatte weiter bestimmt: „Die endgültige Festsetzung der Preise erfolgt bis zum Beginne der Ernte unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin existierenden Produktionskosten“. Die Indexkommission sollte die Veränderungen in den Produktionskosten ermitteln. Bei der Lösung dieser Aufgabe beging sie vor allem folgende Fehler: 1. sie unterstellte, daß die Verzinsung des Bodens und der Gebäude von Anfang bis Mitte 1920 in demselben Maße gestiegen sei wie durchschnittlich die übrigen Produktionskosten (obgleich der Posten Verzinsung sich kaum verändert hatte); 2. sie legte die Lohnsätze, Düngemittelpreise usw. von Mitte 1920 der Berechnung der Ausgaben für Löhne, Düngemittel usw. für das ganze Erntejahr 1919/20 zugrunde (als ob die Steigerung der Löhne usw. im ersten Halbjahr 1920 für die Aufkosten der Aussaat von Belang gewesen wäre); 3. sie nahm an, daß das Verhältnis der einzelnen Produktionsfaktoren zueinander stets das gleiche bliebe (obgleich die Veränderungen in den Preisen der Futtermittel, Düngemittel, Arbeitskräfte usw. natürlich eine Verschiebung zugunsten der jeweilig billigsten Betriebsweise bewirkten). Selbst wenn die Indexkommission nur diese drei Fehler gemacht hätte, müßte jeder, der das Allgemeinwohl über das Interesse der Landwirte stellt, den Vorschlägen der Kommission auf weitere Getreidepreiserhöhungen mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen, denn ihre Fehler hatten alle die gleiche Tendenz: übermäßige Preiserhöhungen als notwendig zu erweisen. (Tatsächlich wurden durch Verordnung vom 14. Juli 1920 die Höchstpreise für Roggen auf 1400—1500 M. festgesetzt.)

Vor allem sollte man sich erst einmal darüber klar werden, ob eine Erhöhung der Getreidepreise — wie ihre Befürworter behaupten — eine Verbilligung der Ablieferung zur Folge haben muß. Die Produzenten haben ja bei uns zwei Theorien: 1. hoher Verdienst bewirkt hohe Leistung; 2. hoher Verdienst bewirkt niedrige Leistung. Die erste Theorie wenden sie an, sobald es sich um ihren eigenen Verdienst handelt, die zweite, wenn der Verdienst der Arbeiter in Frage steht. Der Produzent sei desto fleißiger, je mehr er verdiene; der Arbeiter sei desto fauler, je mehr er verdiene. In Wirklichkeit liegen die Dinge nicht so einfach. Es gibt Arbeiter, die eher aussehen, wenn sie viel verdienen; es gibt aber auch Arbeiter, für die ein höherer Lohn ein Anreiz zu erhöhter Leistung ist. Ebenso gibt es Produzenten, die sich erst wirklich anstrengen, wenn die Preise lohnend sind, während andere, und das gilt namentlich für Landwirte, sich mit einer bequemeren, extensiveren Wirtschaft begnügen, falls sie damit bei hohen Preisen genügend verdienen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Dazu kommt ein weiteres. Der Landwirt hat die Wahl zwischen Ablieferung und Verfüterung des Getreides. Erscheinen ihm die Getreidepreise im Verhältnis zu den Viehpreisen zu niedrig, so zieht er vor, sein Getreide zu verfüttern. Die wünschenswerte Relation zwischen Getreide- und Viehpreisen läßt sich nun mit hinreichender Genauigkeit feststellen. Zur Gewinnung eines Lebendgewichtszuwachses von 100 Kilogramm Schwein sind Futtermittel mit einem Stärkewert von 315 Kilogramm und 30 Kilogramm verdauliches Eiweiß erforderlich. Diese Menge Stärkewert und noch ein Ueberschuß von Eiweiß sind enthalten in 440 Kilogramm Roggen. Bei einem Roggenpreis von 1400 M. für die Tonne kosten 440 Kilogramm 616 Mark. Schlägt man für Verlust, Wartung und sonstige Aufkosten ein Viertel auf die Futtermittel auf, so würde sich die Erzielung von 100 Kilogramm Lebendgewicht mittels Roggen, bei einem Roggenpreis von 1400 M., für den Schweinehalter auf 770 M. stellen. Tatsächlich erzielt der Schweinehalter heute aber für 100 Kilogramm Lebendgewicht nicht 770 M., sondern zwei- bis dreimal soviel.

Bei den heutigen Schweinepreisen bestände also noch ein Anreiz zur Verfüterung von Roggen, selbst wenn der Roggenpreis, wie nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ geplant, auf 2050 M. für die Tonne festgesetzt würde. Und welche Gewähr besteht denn dafür, daß die

So werden Arbeiter eingeschächt!

Der neue „Sozialismus der dummen Kerle“

In der heutigen „Roten Fahne“ wird eine Geschichte aus Remscheid erzählt, nach der es dort den Kommunisten gelungen sei, einen großen „Sieg“ zu erringen. Zwar steht das kapitalistische Gebäude in Remscheid so fest wie nur je, dafür hat man aber den Genossen Crispian, den Vorsitzenden unserer Partei, „gestäubt“. Man kann sich schon vorstellen, was darunter zu verstehen ist. In eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie waren kommunistische Stoßtrupps dirigiert worden, die unserem Redner das Sprechen unmöglich machen sollten. Es ist dort nicht ganz so toll hergegangen, wie in Frankfurt a. M. und Hamburg, wo man unserem Redner in Ermangelung von geistigen Waffen mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Dolchmessern und ähnlichen Argumenten zu Leibe ging. Aber ein großer Kadav ist doch daraus geworden, und das genügt schon diesen Revolutionären, um einen „Sieg“ und eine „Stäubung“ festzustellen. Wie in Wirklichkeit die Versammlung verlaufen ist, ergibt sich aus folgendem Bericht, der uns aus Remscheid zugegangen ist:

Wie bei der letzten Reichstagswahl ist auch in dem gegenwärtigen Wahlkampfe die ganze kommunistische Bewegung auf den Kampf gegen die U. S. P. eingestellt. In den öffentlichen Versammlungen, die von der U. S. P. einberufen werden, treten seitens Rechtssozialisten, noch seltener bürgerliche Debattierredner auf, dafür aber regelmäßig kommunistische Redner, die die freie Aussprache in anderen Versammlungen so auffassen, daß allein ein kommunistischer Diskussionsredner 1½ bis 2 Stunden spricht. Es liegt System in der kommunistischen Wahlarbeit gegen die U. S. P.; denn meistens sind die kommunistischen Stoßtrupps vorher angewiesen worden, das Schlagwort des Referenten der U. S. P. durch Gesang und Geschrei unmöglich zu machen. Es kommt den Kommunisten also nicht auf eine sachliche Auseinandersetzung an, sondern nur darauf, durch Terror oben auf zu bleiben.

Ein typisches Beispiel erlebten wir in Remscheid. Die U. S. P. hatte eine öffentliche Versammlung, mit Genossen Crispian als Referenten, einberufen. Von den Kommunisten waren ihre Anhänger aufgefordert, die Versammlung zu besuchen. Die Kommunisten hatten denn auch einen regelechten Kriegsplan entworfen. Er bestand in dem Verlangen, der Referent der U. S. P. dürfe nur eine Stunde sprechen! Nach ihm sollte dann vor allen Dingen ein Kommunist als Redner auftreten. Der Leiter unserer Versammlung, Genosse Schardt, erklärte, er müsse es ablehnen, einen Antrag zur Abstimmung zu bringen, der dem Referenten unserer Partei das Wort abschneiden sollte. Die Versammlung sei von der U. S. P. einberufen, die vom Referenten ausführlich ihre Grundzüge und ihre Taktik begründen lassen will. Deshalb sei es unerhört, wenn eine andere Partei der Einberufenden nachschreiben will, wie lange der Referent zu reden habe. Die Kommunisten mühten angesetzt der Stimmung der Versammlung den Antrag zurückzuziehen, drohten aber, nach einer Stunde dem Referenten das Weiterreden unmöglich zu machen. So geschah es denn auch. Nachdem Genosse Crispian eine Stunde gesprochen hatte, setzte auf Kommando kommunistischer Führer ein wilder Kadav ein. Die Kommunisten wollten offenbar den ganz überflüssigen Beweis erbringen, daß ein paar hundert Menschen lauter brüllen können, als ein einzelner Redner zu sprechen vermag.

Der Vortrag unseres Referenten hatte schlicht Eindruck auf die Anwesenden gemacht und je länger er sprach, desto mehr wurden auch kommunistische Arbeiter, die mit ganz anderen Absichten in die Versammlung dirigiert waren, in den Bann der Ausführungen gezogen.

Nach dem Genossen Crispian sprach ein Kommunist Schröder. Er beschränkte sich auf einige allgemeine Redensarten und zog dann eine Resolution aus seiner Tasche, die er flüchtig vorlas. Unmittelbar danach forderte Schröder alle, die diese Resolution annehmen wollten, auf, die Hand zu erheben. Danach wurden die kommunistischen Arbeiter von den kommunistischen Führern veranlaßt, das Versammlungslokal zu verlassen. Ein Teil kommunistischer Arbeiter blieb trotzdem da. Nach dem Abzug der anderen konnte Genosse Crispian ungehindert in einem wirkungsvollen Schlusswort auch mit diesem neuesten kommunistischen Terror abrechnen. Es sei kommunistische Taktik, Resolutionen in allen möglichen Versammlung ohne Debatte, unter Ausschaltung der Versammlungsleitung zur Abstimmung zu bringen. Die Kommunisten seien der Meinung, daß die Arbeiter gar nicht zu prüfen haben, was die Kommunisten in ihren

Resolutionen fordern, sondern daß die Arbeiter einfach alles hinzunehmen haben, was die kommunistischen Führer wünschen. Ebenso dürfen die Arbeiter auch nicht Reden anderer Parteien anhören. Denn die Kommunisten sorgen dafür, daß die Redner anderer Parteien entweder niedergebrellt, oder daß ihre kommunistischen Mitglieder vorher aus der Versammlung entfernt werden. Damit hat die kommunistische Versammlungspolitik einen ungeahnten Tiefstand erreicht. Das liegt ganz im Sinne der kommunistischen Grundzüge, nach denen die Führer diktatorische Gewalt haben, während eben die Massen blind jedem Befehl zu gehorchen haben. Mit solchen Methoden werden sich die Kommunisten auf die Dauer nicht durchsetzen können; denn sie zwingen andere Parteien zu entsprechenden wirksamen Abwehrmaßnahmen. Und darum muß auch dieser kommunistische Versammlungsterror gebrochen werden, damit die Arbeiter wieder die Möglichkeit bekommen, sich Information und Aufklärung zu holen, von wem sie wollen und selbstständig und kritisch zu denken und zu handeln.

Die Berichterstattung der „Roten Fahne“ aus Remscheid wird nach Gebühr ergänzt durch einen Aufruf, den das Blatt an der Spitze seiner heutigen Morgenausgabe bringt. Nicht eine Zeile ist darin enthalten von dem Kampfe, den das Proletariat gegen den Kapitalismus zu führen hat. Um so

Wichtig zur Wahl!

Wahlauweiskarten werden diesmal nicht versandt. Jeder Wähler — Mann wie Frau — versee sich deshalb für den 20. Februar mit einem Personalausweis; Geburtsurkunde oder Taufschein, Trauschein, polizeiliche Anmeldung, Steuerquittung usw.

Zur Ausübung des Wahlrechts nicht erforderlich ist die preussische Staatsangehörigkeit. Alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die in Preußen wohnen, sind wahlberechtigt.

Keiner bleibe zu Hause!

Jeder wähle Unabhängig!

mehr wird auf die „S. P. D.“ und U. S. P.-Lafaten“ geschimpft, die angeblich die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft wieder gesund machen wollen. Demgegenüber sagen wir Kommunisten: „Ihr müht den Kapitalisten die Fabriken und den Großgrundbesitzern das Land aus der Hand nehmen, sonst werdet Ihr vollends zugrunde gehen. Ihr müht das so schnell als möglich tun, denn je länger Ihr wartet, um so mehr werdet Ihr selber zermürbt und Land und Fabriken verwüsten.“ Das sind wunderschöne Parolen, nur verschweigt leider das Blatt, wie sie bis zum 20. Februar 1921 in die Tat umgesetzt sind. Sollen die Arbeiter es so machen, wie es die Münchener Kommunistenführer empfohlen haben: Mit diesen deutschnationalen Studenten „die Waffen teilen“ und mit diesen Arbeitermördern gemeinsam so schnell als möglich das Weltkapital niederwerfen?

Das Wort vom „Sozialismus der dummen Kerle“ paßt beinahe nicht mehr auf die antisemitische Agitation; es müßte der kommunistischen Politik als Titel vorgelegt werden!

Die Partei der Spekulanten

Während der Reichstagswahl trat in Berlin und in einigen anderen Städten eine neue Partei auf, die sich „Wirtschaftliche Vereinigung“ nannte und vorgab, die Interessen der Handwerker und kleinen Geschäftsleute vertreten zu wollen. Diese sogenannte Partei hat bei den Wahlen keine nennenswerten Erfolge zu erzielen vermocht, sie hat lediglich der Zersplitterung gedient. Auch bei den Preußenwahlen tritt diese angebliche Partei wieder auf den Plan, um Verwirrung anzurichten. Die Wirtschaftspartei, wie sie sich heute nennt, kann nicht den Anspruch erheben, die Interessensvertreterin der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden zu sein. Ihr Gründer ist der Grundstückspekulant Kommerzienrat Haberland. Er hat mit einer Reihe von anderen großen Hausbesitzern und Terrainspekulanten die Partei ins Leben gerufen; die Partei ist also nicht die Vertreterin der Handwerker und kleinen Geschäftsleute, sondern die Partei der großen Hausbesitzer und Spekulanten. Das müssen sich die kleinen Geschäftsleute und die Handwerker merken. Wenn es der Wirtschaftspartei gelingen sollte, einen Kandidaten durchzubringen, so würde dieser im Landtag eine Politik betreiben, für die er etwa nur bei den Vertretern des rechten Flügels der deutschnationalen Unterstützung finden würde.

Des Kaisers schlechte Laune

Ein Kapitel aus „Wilhelms Dienstboten“

Nach und nach werden immer mehr Einzelzüge aus dem Leben und der verhängnisvollen politischen Wirksamkeit Wilhelms bekannt. Sie runden das Bild nur ab, das uns diesen Mann als eillen Despoten, als untergehobenen Querschnitt zeigt. Ein kleiner Vorfall, dem sich sicher taufende seiner Art einzeichnen lassen, bezeugt diese Charakteristik wiederum schlagend.

Eines Tages fiel es Wilhelm ein, daß der „Königlichen Zeitung“ doch einmal ein tüchtiger Dieb verfehlt werden müßte. Schlangweg richtete er am 17. Januar 1907 ein Telegramm an den Reichskanzler und unterlegte darin förmlichen Befehlen und Beamtens jeglichen Verkehr mit der „Königlichen Zeitung“. Das Blatt hatte sich erlaubt, die sehr ansehnliche Persönlichkeit des Grafen Waldsee anzugreifen und zu schelten eines Hauptmanns a. D. zu veröffentlichen, die dem Kaiser wider den Schnurbarstich gingen. Dem preussischen Staatsministerium und den Herren Staatssekretären fuhr ob dieses kaiserlichen Telegramms der Schrecken in die Klappernden Gebeine. Das Kabinett trat zusammen. Das Kabinett rief hin und her. Das Kabinett beschloß einen Immediatbericht an Seine Majestät. Das Staatsministerium bedauerte es — hieß es in diesem Schriftstück — auf das lebhafteste, daß die „Königliche Zeitung“ wiederholt Publikationen gebracht hat, welche „das Allerhöchste Mißfallen Euer Majestät erregt haben“. Ein unmittelbarer Verkehr zwischen den Zentralbehörden und den Vertretern der „Königlichen Zeitung“ sei entbehrlich. Dagegen müßte den Provinzialbehörden im Rheinland und in Westfalen die Möglichkeit gelassen werden, mit dem dort gelesesten Blatte in Fühlung zu treten. Denn „Unfers alleruntertänigsten Erachtens würde der Abbruch förmlicher Beziehungen der gedachten Behörden zu der „Königlichen Zeitung“ schon um deswillen zu schweren Schädigungen des Staatsinteresses führen können, weil die Behörden hierdurch in die Lage gesetzt würde, sich der dortigen ultramontanen Blätter in größerem Umfange zu bedienen“. Das Kabinett schloß den Bericht dann mit diesen zusammenfassenden Worten: „Aus diesen Gründen glauben wir, Euer Majestät Allerhöchste Einverständnis damit voraussetzen zu dürfen, daß den gedachten Provinzialbehörden der bisherige beschränkte Verkehr mit der „Königlichen Zeitung“ auch fernerhin gestattet werde.“

Am 26. Januar ging der Bericht ab, und am 4. Februar gestaltete Wilhelm II., ein dickes, großes, rundes „Ja“ an den Rand zu schreiben. Nun war der böse Geist der „Königlichen Zeitung“ aus der Wilhelmstraße vertreiben. Die Herren Korrespondenten durften nicht mehr in die Reichskanzlei, in das Auswärtige Amt und in das Reichsamt des Innern kommen. Dafür fortan die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt und das Reichsamt des Innern zu den Herren Korrespondenten.

Öffentliche Wählerversammlungen

Siebenter Distrikt, 7. Mittelkassa. Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Freischütz, Fenchelstr. 26a. Referent: Genosse Siegle.

Borsigwalde. Heute, Mittwoch, den 16. Februar, öffentliche Wählerversammlung. Die Genossen treffen sich 7 Uhr bei Wollschal, Ernststr. 1. — Freitag, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, Wählerversammlung, in den Borsigwalder Festsälen.

Hohenschönhausen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung, Schaulaule Rödertenstraße. Referent: Genosse Freund. Pichterfelde. Donnerstag, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung, bei Schnabel, Hindenburgdamm 104. Referent: Genosse Sabath.

Tegel. Donnerstag, abends 7½ Uhr, öffentliche Wählerversammlung in der Schaulaule Treutlowstraße.

Hohennauen. Öffentliche Wählerversammlung am Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Klaus, Schönfließer Str. 17. Referent: Genosse Schoof, Draniensburg.

Deutsch-Waltherhausen. Donnerstag, abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Freund.

Niederschönhausen. Freitag, abends 10 Uhr, im Rest. Sanssouci (Tunisch), Kaiser-Wilhelm-Straße, öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Dr. Kurt Rosenfeld. Tagesordnung: „Krieg gegen Frankreich?“

Stemmenstadt. Freitag, den 18. Oktober, abends 7½ Uhr, öffentliche Wählerversammlung in den Festsälen, Kapellensteig 4. Referent: Genosse Rabold.

Erker. Freitag, den 18. d. M., abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Brodt, Friedrichstraße. Gen. Freund spricht über die Bedeutung der Landtagswahlen für die Arbeiterklasse.

Petershagen, Frederadorf, Vogeladorf. Öffentliche Wählerversammlung am Freitag, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof Madel, Petershagen. Vortrag des Gen. Stadtrat Raboldheim-Neußan: „Wahrung in ernster Stunde.“

Viertes Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Her, Rannonsstraße, Frauenarbeitskommission. Die Frauen der Kinderbeschäftigung und diejenigen Genossinnen, die am Freitag mithelfen wollen, werden zu dieser wichtigen Besprechung eingeladen.

Charlottenburg. In der Leibniz-Oberrealschule in der Schillerstraße referierte Genosse Felix Stößinger über die Landtagswahlen. Der Redner ging von der Wahlpolitik der reaktionären Parteien aus, die durch die Erinnerung an Friedrich den „Großen“ und 1813 eine Stimmungsmache trieben, die aber für das, was man heute noch den Massen glauben zu dürfen, recht bezeichnend sei. Der Redner verpflücht die Hohenzollernlegende und den 1813-Schwindel und kam auf die Schulpolitik der Koalitionsparteien zu sprechen, die, abgesehen von allen anderen Sünden, den nationalitätlichen Gedanken und die geschichtlichen Preußen weiter in den Herzen der Kinder großziehe. Er schilderte die sozialistischen Schulideen, besprach den preussischen Staat und legte eingehend dar, warum Preußen verschwinden, Deutschland nach Wirtschaftsprovinzen ganz neu aufgebaut werden müsse, eine Voraussetzung für jede neue Politik. Am 20. Februar heißt es: nicht Ordnungsgelasse Bayern, sondern sozialistische Landesverwaltung.

In der Schaulaule Rehringstraße sprach Genosse Rabold. Er schilderte den militärischen Zusammenbruch, besprach den Friedensvertrag und wies nach, daß alles Elend, unter dem die breiten Volksmassen leiden, auf den Krieg zurückzuführen ist. Bei den Preußenwahlen gelte es, den Anmarsch der Reaktion aufzuhalten. Vergeßlichkeit und Dummheit seien die beiden härtesten Faktoren der Reichsparteien. Ihnen verdankten sie ihre Erfolge. Daher mühten die letzten Tage vor der Wahl noch ausgenutzt werden zur Werbearbeit. Ein Anmarsch der Reaktion in Preußen würde auch auf die Reichspolitik seine Rückwirkung zeitigen. Das müsse verhindert werden durch die Wahlmachung der Arbeiterwähler für die U. S. P. D. Die Versammlung wurde ohne Diskussion geschlossen.

Schöneberg. In der Wählerversammlung am Montag, den 14. d. M., in der Aula der Fichtelschule, sprach Genosse Dr. Wegl über den Kampf in Preußen. Der Redner schilderte eingangs die politische internationale Lage, die sich aus den Forderungen der Entente ergibt, und zog daraus Schlüsse, welche Haltung das Proletariat gegenüber den Ententeforderungen einzunehmen hat. Er wies darauf hin, welche Rolle die Kommunisten in München gespielt haben, um dem Proletariat eindringlich die Warnung zu erteilen, daß seine Befreiung nicht mit den deutschnationalen Elementen, sondern nur auf internationaler Grundlage mit den Klassenossen aller Länder durchgeführt werden kann. Dann schilderte Redner die Politik der Preussischen Landesverwaltung und zeigte an Beispielen, wie die S. P. D. die Interessen des Proletariats geschädigt hat. — In der Diskussion sprach ein Vertreter der R. P. D., dessen Hauptargument der Appell an die Gewalt war; der zweite Redner, dessen Parteigehörigkeit nicht ganz klar lag, führte dasselbe aus. Er kam anscheinend mit fertigem Manuskript in die Versammlung. Doch die Versammlung war mit den Ausführungen der beiden Diskussionsredner keineswegs einverstanden. Im Schlusswort widerlegte Genosse Wegl die Ausführungen der R. P. D. Redner, um nochmals mit einem Appell an die Versammelten, am 20. Februar für die Vertreter der U. S. P. D. zu stimmen, zu schließen. Mit einem begeisterten Hoch auf die U. S. P. wurde die starkbesuchte Versammlung geschlossen. — Auch diese Versammlung war für uns ein voller Erfolg.

Niederhörsenfelde. Am Dienstag abend sprach in der Schaulaule Genosse Seger über die Bedeutung der Preußenwahlen und die grundsätzliche Stellung der U. S. P. zum Parlamentarismus. In der Debatte wagten sich endlich nach mehrmaliger Aufforderung zwei Kommunisten hervor, darunter der Vorsitzende der R. P. D.; sie konnten aber keine zwei Sätze Deutsch sprechen und richteten eine große Konfusion an. Im Schlusswort stellte Genosse Seger diese wirren Ausführungen richtig und ging auch auf die Bedeutung der Parteilose Konferenz ein. Die Versammlung bewies durch die entschiedene Zustimmung, wie sehr die Politik der Kommunisten bei der Arbeiterklasse verankert ist.

Landtagswähler!

Besucht sofort das
Wahlgesetz zum Preussischen Landtag,
Provinzial-Landtags- und
Kreislands-Wahlgesetz
Preis 2.50 Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2
Preis 2.50 M.

Tages-Notizen

Waldsee. Über Kunstgewerbe spricht am 18. und 19. Febr. Dr. Waldsee in der Gesellschaft der Kunstgewerbetreuer. Erzieht, 1 M., für einen Vortrag in der Gesellschaft der Waldsee, an den Tischler Theaterleben usw.

Erker. Das Neue Volkstheater bringt Freitag den „Hoch“ von Schiller heraus. — Die Glanzoper besetzt sich für heute den „Hoch“ von (Waldsee).

